

## **Bedingungen zwingen Hotel-Lehrlinge zum Abbrechen**

### **Bundesregierung fürchtet Fachkräftemangel, Lösungen fehlen**

In ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen liefert die Bundesregierung die Fakten dafür, warum der Nachwuchs der Tourismuswirtschaft den Rücken zukehrt und bestätigt, dass Deutschland auf einen Fachkräftemangel zusteuert und. Eine Lösung des immer größer werdenden Problems zeigt sie allerdings nicht auf.

Die Ausbildungen zum Hotelfachmann/-frau und zum Restaurantfachmann/-frau belegen in einem Ranking des DGB die beiden letzten Plätze. Das hat der Ausbildungsreport des DGB ergeben, indem Auszubildende zur Zufriedenheit in 25 der meist gewählten Berufen befragt wurden.

Dass die Arbeitsbedingungen in der Ausbildung und danach nicht nur als schlecht empfunden werden, sondern auch real verbesserungswürdig sind, lässt sich aus der Antwort der Bundesregierung herauslesen.

- Die Löhne, die in der Tourismuswirtschaft prinzipiell am untersten Rand der Entgeltstala liegen, sind von 2007 – 2009 nicht einmal im Rahmen der Inflationsrate gestiegen, bei den geringfügig Beschäftigten sind sie sogar gesunken.
- Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse ist zwischen 2007 - 2010 stetig zurück gegangen (-16%).
- Die Vertragslösungsquoten liegen bei den Kochlehrlingen mit 44%, bei den Lehrlingen zum Restaurantfachmann/-frau mit 43,6% und den Lehrlingen zur Fachkraft im Gastgewerbe mit 42,7% deutlich über dem Durchschnitt der dualen Ausbildung (22,1%).

Hierzu Markus Tressel, Sprecher für Tourismuspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen: "Wenn weit mehr als jeder Dritter in der Tourismusbranche seine angefangene Ausbildung wieder abbricht, insgesamt die Zahl der Jugendlichen, die eine neue Ausbildung beginnt, jedes Jahr sinkt und die Reallöhne nicht steigen, dann ist das eine untragbare Situation auf die die Bundesregierung mit konzertierten Maßnahmen reagieren muss. Wir müssen es schaffen, den Nachwuchs für diese Branche zu begeistern, das geht aber nur, wenn die Rahmenbedingungen der Ausbildung stimmen."

Die Bundesregierung hat ein Forschungsprojekt einberufen und auf Fachebene eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Jugendarbeitsschutzes tagen lassen. Diese hat festgestellt, dass es in der Praxis "Defizite bei der Umsetzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes gibt", verweist aber auf die Länderzuständigkeit beim Kontrollvollzug.

"Zu viele Nachtschichten und unbezahlte Überstunden dürfen nicht zur Tagesordnung in Hotels gehören. Die Regierung muss sich hier ihrer Verantwortung stellen und zusammen mit den Ländern konkrete Schritte erarbeiten, um den Arbeitsschutz zu gewährleisten. Ein Kompetenzgeschiebe wird keinem Jugendlichen, der nachts oder viel zu lange arbeitet, weiterhelfen."

---

Quelle: <http://www.markus-tressel.de/?id=386060>

© Markus Tressel MdB 2019

---